

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Müntefering, Ewen, Amling, Büchner (Speyer), Buckpesch, Egert, Fischer (Osthofen), Frau Dr. Hartenstein, Heistermann, Heyen, Immer (Altenkirchen), Jansen, Kißlinger, Klein (Dieburg), Dr. Klejdzinski, Kolbow, Dr. Kübler, Kühbacher, Lambinus, Lohmann (Witten), Frau Dr. Martiny-Glotz, Müller (Schweinfurt), Dr. Müller-Emmert, Dr. Penner, Dr. Nöbel, Purps, Frau Dr. Skarpelis-Sperk, Frau Steinhauer, Stiegler, Tietjen, Weinhofer, Wimmer (Neuötting), Wolfram (Recklinghausen), Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksachen 10/4232, 10/5454 —

Fremdenverkehr

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage Fremdenverkehr geben interessante Hinweise für die aktuelle fremdenverkehrspolitische Debatte. Sie offenbaren aber auch Defizite: Viele der Antworten sind unvollständig. Vor allem aber wird deutlich: Die Bundesregierung vermag die vielfältigen Aspekte dieses Politikbereiches nicht zu einem verständlichen und praktikablen Konzept zu bündeln; der Fremdenverkehr wird in der Politik des Bundes nicht angemessen berücksichtigt.

Der traditionelle Fremdenverkehr und darüber hinaus der gesamte Freizeitbereich sind ein Wirtschaftszweig geworden, der mehrere Millionen Arbeitsplätze in den verschiedensten Berufen und zehntausende – meist mittelständische – Existenzen ermöglicht. Das heißt aber auch: Rückgänge im Fremdenverkehrs- und Freizeitbereich etwa infolge von Kaufkrafteinbußen bei unteren Einkommensgruppen oder durch unzureichendes Marketing des Fremdenverkehrs bedeuten immer auch Arbeitsplatzverluste. Für zahlreiche Dörfer, Städte und Regionen ist die Freizeitwirtschaft eine wesentliche oder gar die entscheidende Einnahmequelle geworden.

Auch die gesellschaftspolitische Bedeutung des Fremdenverkehrs und der Freizeit insgesamt ist weiter gewachsen. Für die meisten Menschen in unserem Lande sind der Urlaub, der Städtetourismus, Naherholung, Tages- und Wochenendreisen selbstverständlicher Teil ihres Lebens geworden und von hohem sozialen Wert. Die vielfältigen kulturellen Angebote gehören dazu, wie auch der Sport, dessen Möglichkeiten sich noch stärker als bisher an den unterschiedlichen Bedürfnissen aller Gruppen – auch der Älteren und der Behinderten – orientieren sollten.

Die Politik nimmt in unserem Lande keinen Einfluß auf die Freizeit- und Urlaubsentscheidungen der einzelnen. Sie beeinflußt aber – ob gewollt oder ungewollt – durch ihr Handeln die Rahmenbedingungen.

- I. Der Fremdenverkehr muß in der Arbeit des Deutschen Bundestages und der Bundesregierung stärker verankert werden. Dazu sind zu Beginn der Legislaturperiode Entscheidungen zu treffen, die sich auf die Berücksichtigung in der Regierungsarbeit, vor allem aber auf die Rolle des Fremdenverkehrs in der Ausschubarbeit beziehen. Es bietet sich an, ihn mit anderen wichtigen Freizeitbereichen in einem eigenen Unterausschuß zusammenzuführen.

Der Beirat für Tourismus muß von der Bundesregierung seinem Zweck entsprechend kontinuierlich – öfter als bisher – zu Beratungen herangezogen werden. Die Zusammenarbeit mit den Ländern in Fragen des Fremdenverkehrs ist zu intensivieren.

- II. Die aktuell wichtigsten fremdenverkehrspolitischen Probleme,

1. das Marketing des innerdeutschen Angebots,
2. die Werbung ausländischer Gäste,
3. die Begrenzung fremdenverkehrsbedingter Umweltschäden,

erfordern klare politische Konzepte und entschlossenes Handeln; beides deutet sich in den Antworten der Bundesregierung auf die Großen Anfragen leider nicht an.

Zu 1.

Das Bemühen des Deutschen Fremdenverkehrsverbandes (DFV) und seiner Mitglieder um eine verbesserte wissenschaftliche Basis ihrer Arbeit, um eine kundengerechte Aufbereitung der Angebote und um eine moderne und erfolgreiche Verkaufsorganisation müssen verstärkt und schnell von seiten des Bundes unterstützt werden.

Dazu soll die Bundesregierung bis Mitte 1987 ein Handlungskonzept vorlegen, das insbesondere im Sinne eines verbesserten Marketing des deutschen Fremdenverkehrs politische Handlungsmöglichkeiten verdeutlicht:

Ziel muß es sein, eine wirkungsvollere Verkaufsstrategie zu entwickeln und ein leistungsfähiges, festes Verkaufsnetz aufzubauen; zentrale Vermittlungen, Zimmerreservierungssysteme, Reisebüroketten und Informationszentralen mit aktuellen Hinweisen müssen zur Verfügung stehen und auf die Bedürfnisse des Fremdenverkehrs und des Tourismus im Lande ausgerichtet sein.

Verbesserte Ausbildungsangebote für Tourismusfachleute, eine breitere Anerkennung für das Berufsbild allgemein, eine intensivere Nutzung der Fortbildungsmöglichkeiten und eine größere Durchlässigkeit zwischen öffentlichen und privaten Fremdenverkehrseinrichtungen und Betrieben sind überfällig und brächten auch der Branche zusätzliche Impulse.

Dies gilt auch für die Beratung kleiner und mittlerer Hotel-, Gaststätten- und sonstiger Fremdenverkehrsbetriebe und für einen verstärkten Einsatz neuer Technologien bei der Aufbereitung von Angeboten und beim Verkauf.

Die Angebote müssen die Vielfalt und Preiswürdigkeit deutlich machen, bestimmte Gruppen – Beispiel: Familien mit Kindern – gezielt ansprechen und die Vorzüge bestimmter Urlaubsformen – Beispiel: Urlaub auf dem Bauernhof – verständlich darstellen. Immer wichtiger wird die sinnvolle Verknüpfung von allgemeinen Fremdenverkehrsinitiativen mit solchen des Sports und der Freizeit allgemein; das gilt über den Urlaub hinaus auch für die Kurzreisen im Rahmen der Naherholung und des Städtetourismus.

Das statistische Datenmaterial ist mangelhaft und muß zum Nutzen eines Marketingkonzepts dringend verbessert werden. Der gegenwärtige Zustand führt zur Orientierungslosigkeit und benachteiligt vor allem die mittelständische Fremdenverkehrswirtschaft.

Auch scheinbare Nebensächlichkeiten wie die unzureichende Berücksichtigung von Tourismusinteressen bei Veröffentlichungen (in Branchentelefonbüchern fehlt der Fremdenverkehr) und Hinweisen (Ausschilderung unter Fremdenverkehrsgesichtspunkten ist selten) müssen mit bedacht werden.

Zu 2.

Die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT) muß bei ihrer Aufgabe, ausländische Gäste für Urlaub in Deutschland zu werben, verstärkt unterstützt werden. Darüber hinaus muß sie in die Lage versetzt werden, als „Akquisiteur im Ausland“ tätig zu werden. Die grundsätzlichen Ausführungen der Bundesregierung hierzu werden begrüßt, sie lassen allerdings unklar, wann und ob überhaupt der Bund sich verstärkt in dargelegtem Sinne engagieren will. Vordringlich ist die Verbesserung der kommunikations- und bürotechnischen Ausstattung der DZT und die Stärkung der DZT-Auslandsvertretungen besonders in solchen Ländern, die den Einsatz dringlich oder besonders lohnend erscheinen lassen; es muß flexibler reagiert werden können.

Zu 3.

Die Bundesregierung wird beauftragt bis Ende 1987 einen Bericht „Umwelt und Freizeit“ vorzulegen, in dem Belastungen der Umwelt beschrieben werden, die im Zusammenhang mit dem Freizeitverhalten (z. B. dem Fremdenverkehr) stehen und der Maßnahmen zu deren Vermeidung vorsieht.

Dabei müssen soweit wie möglich länder- und regionalspezifische Wertungen vorgenommen werden, damit klar wird, wo welche bestehenden und zusätzlichen Belastungen der Natur, des Bodens, der Gewässer und der Landschaft absolut unverträglich sind und verhindert werden müssen.

Unabhängig von diesem Bericht muß sofort die Aufklärung über freizeitbedingte Umweltbelastungen verstärkt und müssen Gegenmaßnahmen – etwa im Baugesetzbuch und im Bundesnaturschutzgesetz – eingeleitet werden. Neubau und Erweiterung von Feriensiedlungen, Hotelkomplexen, Skipisten, Liften und Seilbahnen müssen gebremst, wo nötig verhindert werden. Ein Genehmigungsvorbehalt für die Umwandlung von Ferienwohnungen in Zweitwohnungen ist erforderlich. Auch neue Einrichtungen des Fremdenverkehrs müssen einer strengen Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen.

Zum Schutz der bedrohten Tier- und Pflanzenarten müssen der Biotopschutz wirksamer geregelt und Schutzzonen ausgewiesen werden.

Zur Sicherung der Grundlagen unseres Fremdenverkehrs gehört es aber auch, verstärkt Maßnahmen gegen das Waldsterben, gegen Gewässerverschmutzung und gegen den Fluglärm zu ergreifen.

- III. Die Bundesregierung wird beauftragt, bis 1988 das „Tourismuspolitische Programm“ von 1975 fortzuschreiben. Es muß ausgerichtet bleiben auf die gesellschaftspolitische und auf die wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs.

Die Handlungsmöglichkeiten im deutschen Fremdenverkehr, bei der Werbung ausländischer Gäste, bei der Abstimmung europäischer Tourismuspolitik und bei der Begrenzung fremdenverkehrsbedingter Umweltschäden müssen Schwerpunkte dieses Programms sein. Damit muß auch Antwort gegeben werden auf die Forderung, nicht immer größere Gruppen aus finanziellen Gründen von den Möglichkeiten des Urlaubs und des Reisens auszuschließen und auf die Forderung, Existenzen und Arbeitsplätze im deutschen Fremdenverkehr zu sichern.

Das Programm muß aber auch die Probleme und die Perspektiven des deutschen Heil- und Kurbäderwesens behandeln und Wege aufzeigen, wie die Rahmenbedingungen dieses für die Volksgesundheit bewährten und für die Infrastruktur der betreffenden Gemeinden bedeutsamen Bereichs politisch gesichert und fortentwickelt werden können. Dazu gehört, die

Selbstbeteiligung bei Kuren aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung wieder aufzuheben.

Auch die wachsende Bedeutung des Städtetourismus und der Naherholungs- und Kurzreisen muß sich in der Fortschreibung des Programms niederschlagen. Fremdenverkehr ist längst mehr als die klassische Urlaubsreise. Die Menschen nutzen die Freizeit, speziell die Urlaubszeit, immer flexibler. Darauf muß sich der deutsche Fremdenverkehr, darauf muß sich aber auch die Politik in ihren Entscheidungen einstellen.

Es ist unerträglich, daß in der Europäischen Gemeinschaft immer noch Hemmnisse im grenzüberschreitenden Busverkehr, Kontroversen über den Einsatz von Reiseführern und protektionistische Maßnahmen an der Tagesordnung sind und die Freizügigkeit des Reisens stören. Diese Dinge müssen Anlaß für deutsche Initiativen im Rat und im Europäischen Parlament sein. Dabei müssen Reglementierungen abgebaut und nicht durch Europa neu geschaffen werden. Die jüngsten Initiativen und Äußerungen der Kommission zum Thema Fremdenverkehr müssen geprüft und bewertet werden.

Im übrigen sollte der Europäische Regionalfonds für modellhafte Maßnahmen in deutschen Fremdenverkehrsregionen schon jetzt verstärkt genutzt werden.

Die Mobilität ist einer der Eckpfeiler des Fremdenverkehrs. Die Instrumente dieser Mobilität – Bahn, Flugzeug, Bus, Pkw und Rad – ihre Einsatzmöglichkeiten per Schiene, Luft, Wasser und Straße und ihre individuellen und volkswirtschaftlichen Kosten sind im Programm ausführlich in ihrer Bedeutung für den Fremdenverkehr und Tourismus zu berücksichtigen.

Besonders wichtig ist die verkehrliche Erschließung innerhalb der Urlaubsregionen.

Bonn, den 1. Juli 1986

Dr. Vogel und Fraktion

